

Einbürgerungen in Wien 1999: 11.274 neue ÖsterreicherInnen

Utl.: Brauner: "Deutschkenntnisse durch Motivation, nicht per Dekret vermitteln"

Wien, (OTS) In Wien wurden im vergangenen Jahr insgesamt 11.274 Personen eingebürgert. Darunter waren 5.712 Frauen und 5.562 Männer. Exakt 2.508 BewerberInnen wurde die Staatsbürgerschaft nach einem mindestens zehnjährigen Aufenthalt verliehen. Auf Grund eines Rechtsanspruches - meist Ehegattin und Ehegattinnen von ÖsterreicherInnen - wurden 2.361 Menschen eingebürgert, so die Fachexpertise. Und: in 4.052 Fällen wurden die EhepartnerInnen sowie die Kinder in das Verfahren einbezogen.

Die Integrations- und Personalstadträtin Mag. Renate Brauner hob dabei hervor, dass bei den eigenständig gestellten Anträgen bei 80 Prozent ein Rechtsanspruch oder ein 10-jähriger Aufenthalt vorhanden war. Damit entkräftete sie die irrige Meinung, Staatsbürgerschaften seien in Wien leichter zu erhalten als in anderen Bundesländern. Die Zahlen belegen, der überwältigende Teil der BewerberInnen in Wien lebten seit mehr als zehn Jahren in Österreich oder ist familiär hier gebunden.****

Zwtl.: Brauner: "Sorge um eigene Zukunft verursacht Antragsanstieg"

"Es zeigt sich, dass der Wunsch von Zuwanderern, die Staatsbürgerschaft zu erwerben, in Zeiten großer Verunsicherung im Herkunftsland wie auch in Österreich selbst zunimmt. 1999 waren dies der Krieg im Kosovo oder die Bombardierung Serbiens. Heute", so Brauner "machen sich sehr viele Zuwanderer Sorgen um ihre Zukunft in Österreich. Dies hat die Zahl der positiv abgeschlossenen Anträge nicht nur in Wien um 15 Prozent, sondern im ganzen Bundesgebiet ansteigen lassen."

Zudem komme heute ein wesentlicher soziographischer Faktor zum Tragen. Es sei nunmehr mehr als 10 Jahre her, dass die Zuwanderung der "traditionellen Gastarbeiter" einen vorläufigen Höhepunkt hatte. Im selben Zeitrahmen hatte es Migrationsbewegungen durch die Öffnung des Eisernen Vorhanges gegeben. Brauner zum Resultat dessen: "Diese Menschen haben

jahrelang hier gearbeitet, Steuern gezahlt, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau der Republik geleistet. Sie haben nun hier eine neue Heimat gefunden. Es ist demnach logisch und menschlich nachvollziehbar, dass sie auch formal, als österreichische Staatsbürger, zu unserem Land dazugehören wollen."

Zwtl.: Kultur und Sprache nicht per Verordnung, sondern durch Motivation erlernbar

"Die Regelung des Staatsbürgerschaftsgesetzes zur Überprüfung der Deutschkenntnisse hat sich absolut bewährt. Diese Feststellung wird in Wien von erfahrenen und qualifizierten Beamtinnen individuell und im persönlichen Gespräch gemacht", so Brauner. Aus Erfahrungen wisse man, dass verpflichtende Kultur- und Geschichtsprüfungen dagegen nicht sinnvoll sind, reagierte sie auf die Ankündigung der Bundesregierung. Dies zeige der Vergleich in Europa: "Nur in einem einzigen der 15 EU-Länder werden Geschichts-, Verfassungs- oder Kulturkenntnisse als Voraussetzung für den Staatsbürgerschaftserwerb verlangt", so Brauner.

Verpflichtende Sprachtests für BewerberInnen seien ebenfalls nicht zweckführend. Hier verwies sie auf die Praxis der Individualbetreuung als erfolgreichen Wiener Weg. Im Rahmen des mehrmonatigen Verfahrens erhielten die FachreferentInnen einen fundierten Eindruck über die Sprachbeherrschung. Zudem komme der Spracherwerb, einer der wichtigsten Integrationsschritte, allen in Wien lebenden AusländerInnen bereits zugute. "Nicht per Dekret, durch Motivation und Integrationsangebote kann der Spracherwerb erreicht werden. Sprache lernt man im und durch das Miteinander", erinnerte sie an die überaus erfolgreich laufende Sprachoffensive der Stadt Wien. Allein heuer seien über 100 zusätzliche zielgruppenadäquate Kurse im Angebot des Integrationsfonds. Und die Nachfrage ist enorm, denn die Kurse der Sprachoffensive sind wieder restlos ausgebucht.

Abschließend bemerkte Brauner, dass die neue Bundesregierung, anstatt eine Situation der Verunsicherung noch zusätzlich zu verschärfen, Schritte der Kalmierung setzen möge. Ein konkretes Ziel für Reformen könnte die Senkung Einbürgerungskosten sein, wiederholte sie ihre Forderung. Brauner: "Österreich, dies zeigt der Blick über die Grenzen zu unseren Nachbarn in der EU, hat im Vergleich sehr hohe Gebühren". Sie bekräftigte die Idee, anstatt Prüfungen á la "Schweizermacher" Jugendlichen der 2. und 3.

Generation, die hier geboren sind und einen Großteil ihres Lebens in Wien verbracht haben, verstärkte Integrationschancen zu bieten. Bis zur Volljährigkeit sollte diesen zwischen den Generationen und den Kulturen lebenden Jugendlichen die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft offen stehen.(Schluss) wb

Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Mag. Wolfgang Briem
Tel.: 4000/81 853
e-mail: brw@gif.magwien.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0028 2000-03-05/12:00

051200 Mär 00

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000305_OTS0028